

treter, Mr. V. A. T. Wade, hat die Wartezeit nicht ungenutzt verstreichen lassen. „Ich habe nämlich eine Biene unter meinem Hut“, erzählt der hagere Engländer, im Büro meistens in ärmellosem Strickweste. „Das ist die Beamten-Ausbildung.“

Mr. V. A. T. Wade hat, nachdem er als britischer Staatsbeamter das Kastensystem Indiens studierte, selbst eine Abhandlung über die Beamtenausbildung geschrieben.

Die 26 hektographierten Seiten seiner Abhandlung sollen die Vorstellungskraft des deutschen Beamten anregen. Sie würden, gesteht er skeptisch, sein Werk deswegen vielleicht unter „Kindergarten-Niveau“ einstufen. Das würde indessen seine Gefühle nicht verletzen. „Wenn nur ein einziger maßgebender Verwaltungsangehöriger irgendwo in Deutschland nach dem Lesen der Abhandlung mit einem Grunzen der Verächtlichkeit ausrufen würde: ‚Pah, grünes Zeug, das kann ich besser machen‘, und es dann wirklich täte, so wäre die Arbeit mehr als gerechtfertigt.“

Nach Wade liegen die Mängel des deutschen Beamtentums nicht auf fachlichem, sondern auf menschlichem Gebiet. Vier Punkte hält er besonders fest:

- Eine Tendenz, die Arbeit aufzuschieben, mit einem leicht übertriebenen Respekt vor Vorgesetzten;
- Mangel an Initiativ- und Vorstellungskraft;
- zitternde Haltung bei Uebernahme von Verantwortung;
- Distanzierung vom Publikum und unsachgemäßer Umgang.

Mit Lehrfilmen, Betriebsausreden, zeitweisem Austausch der Beamten der verschiedenen Verwaltungszweige und Studienreisen ins Ausland will Wade dem deutschen Beamtenkoloß zu Leibe rücken.

Wie V. A. T. Wade sich den neuen deutschen Superbeamtentyp vorstellt, illustriert er an einem Beispiel:

Wenn ein Kunde am Postschalter sein Geld versehentlich fallen läßt, so soll der Schalterbeamte ihn deswegen nicht gleich anbrüllen, sondern lächelnd sagen: „Pech gehabt, darf ich Ihnen beim Auflesen behilflich sein?“

Wollen Sie sich bitte setzen

Ein kleines Budde-Buch

Wenn es nach dem Zwei-Zentner-Legationsrat a. D. Dr. jur. Eugen Budde ginge, dann würden die sieben Bochumer Demontageverweigerer, die er verteidigte (vgl. Spiegel 3/49), zum Kern einer Lawine, die das ganze Besatzungsrecht*) über den Haufen rollen soll. „Und wenn es lange dauert und die Arbeiter ihre 3 Monate längst abgesehen haben. Dann geht es eben nachträglich um Schuld oder Nichtschuld.“

An welche Besatzungsbehörden, ausländische Regierungen und Institute Eugen Budde geschrieben hat, will er noch nicht verraten. Allein zehn Seiten Berufung sind an die Landesmilitärregierung Nordrhein-Westfalen abgegangen. Im Düsseldorfer Stahlhof überlegt der Reviewing Officer, was er von Buddes völkerrechtlichen Argumenten anerkennen soll.

Im Demontageverweigerer-Prozess zog Richter Kerin das Verfahren immer wieder

*) Alle Verordnungen der Besatzungsmächte, das Nürnberger Gericht, die Demontagen und die Entnazifizierung wurden 1944 von der European Advisory Commission in London beschlossen. Der sowjetische Delegierte setzte seine Auffassung durch, internationales Recht sei nicht ein Recht im höheren Sinne, sondern werde von der Macht bestimmt. Der US-Delegierte, Botschafter Winant, pflichtete mit Rücksicht auf den russischen Alliierten bei, in einigen Fällen gegen den Wunsch des US-Außenministeriums, 1947 verübte er Selbstmord.



Der Tagesspiegel

„Na, Jupp, was bringen Sie mir da Schönes?“ „Och, nix zu esse, Herr Legationsrat. Sie kriegen widder mal die Artikel zoröck, die Sie an die Zeitunge jeschickt han, die han net esevill Papier, um dat alles zu drucke.“

von der höheren Etage des internationalen Rechts, in die es Budde gehoben wissen wollte, auf das Parterre des einfachen Militärgerichts. „Wollen Sie sich bitte setzen“, sagte Mr. Kerin einmal. Er mußte es mit zunehmender Schärfe zum zweiten, zum dritten und zum vierten Male sagen, ehe der Legationsrat a. D. mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns seine Anwalts-Robe um die Hüften zog und endlich Platz nahm (Fünf Tage vorher war er zur Verhandlung — die dann vertagt wurde — im Cut-des-Diplomaten erschienen, was ihm eine Rüge Mr. Kerins einbrachte.)

Budde konnte wegen der Kerin'schen Aufforderung nicht näher begründen, warum er Marshall Sokolowski vor das Untere Militärgericht zitiert wissen wollte. Der Russe sollte bezeugen, daß die Demontage nach dem Potsdamer Abkommen

im Februar 1948 hätte abgeschlossen sein müssen.

Von dem britischen Obersten Sterling wollte der Legationsrat im Kreuzverhör wissen, ob er an die Nürnberger Urteile gegen Zwangsarbeit gedacht habe, als er den Arbeitsbefehl für die Demontagearbeiter verfaßte. Richter Kerin fand diese Frage abstrakt.

Auch der Budde-Antrag, den Britischen General-Staatsanwalt Sir Hartley Shawcross darüber zu hören, ob die in Nürnberg gefundenen Rechtsnormen über Zwangsarbeit nicht auch zugunsten Deutscher angewandt werden könnten, anstatt nur gegen sie, fiel durch. Mr. Kerin schüttelte entschlossen den Kopf: „Völlig phantastisch und unbegründet.“ Dieser Prozeß sei wirklich nur ein einfacher Fall.

Dabei hatte Budde sich der Direktion des Bochumer Vereins nur deswegen als Verteidiger offeriert, weil er seine Völkerrechts-Kenntnisse zu verwerten hoffte. Bis dahin hatte er sie auf zahllose Denkschriften für Verwaltung und Industrie verwendet, dazu auch die nachkriegsdeutsche Presse mit Stößen von außenpolitischen Fachartikeln selbstautorisierte Herkunft versehen.

Der Berliner „Tagesspiegel“ nannte unter anderem auch die anspruchsvollen Ausarbeitungen des völkerrechtsbesessenen Autors „nationalistische Versteiegenheit“. Er versagte sich den Witz nicht, gewisse Politiker „Buddisten“ zu nennen, weil sie Deutschlands alliierte Herren fortgesetzt mit Haager Landkriegs- und Genfer Konventions-Erörterungen bombardieren. Und er widmete eine Sechstel-Seite seiner illustrierten Sonntagsbeilage einer bissigen Karikatur an die Adresse des Godesberger Legationsrats:

Als Eugen Budde noch im Berliner Auswärtigen Amt saß, vermutete niemand, daß er einmal solch eine Koryphäe des internationalen Rechts werden würde. Er beschäftigte sich damals im Vorzimmer des Personalchefs des A. A. mit den privaten Sorgen der höheren Beamten. Als sein unmittelbarer Chef, der Geheimrat Koepke, sein Amt verlassen mußte (der altgewordene Kavaliere wurde Privatsekretär des Großindustriellen Otto Wolff), verließ auch Eugen Budde die Wilhelmstraße und ging als Vizekonsul an das Generalkonsulat in Mailand.

Da gab es einen Zwischenfall: Budde hatte einem befreundeten Industriellen brieflich devisenrechtliche Ratschläge gegeben, die von der Gestapo gefunden wurden. Die Rechtsabteilung des A. A. führte eine kollegial-wohlwollende Untersuchung, aber Budde quittierte den Dienst. Das war 1935/36. Er blieb erst in Italien, später ging er in die Schweiz.

1945 zog es ihn wieder nach Deutschland (Bad Godesberg). Hermann Pünder und Oberpräsident a. D. Dr. Lehr von der CDU nahmen ihn mit offenen Armen auf. Bald saß er im außenpolitischen Ausschuss der CDU der britischen Zone.

Wenn er keine völkerrechtlichen Artikel schrieb, befaßte er sich mit den Restitutionsforderungen (vgl. Spiegel 1/49) des Auslands. Er verhandelte über die Objekte seiner Auftraggeber mit den alliierten Restitutionskommissionen und hat manchen Erfolg gehabt. Seine persönliche Verbindung nach Frankfurt zu Pünder kam ihm zugute. Der schrieb auch das Vorwort zu einem kleinen Budde-Buch: „Gibt es noch eine deutsche Außenpolitik?“

Richter Kerins einfaches Bochumer Militär-Gericht indessen erwies sich als immun gegen alle völkerrechtlich-außenpolitischen Darlegungen. Eugen Budde hofft trotzdem, daß wenigstens der Denkschriften-Rattenschwanz des Prozesses noch etwas Völkerrechtliches hergibt.



Völkerrechtswidrige Devisen
Im Diplomaten-Cut: Budde

Wurm im Apfel

Kardinäle vor der Tür

Wir christlichen Eltern (Arbeiter; Frauen, Gesellenvereine usw.) fordern das Elternrecht, andernfalls wir das Grundgesetz ablehnen. „Hunderté solcher Briefe kommen täglich bei den Bonner Fraktionen der SPD und FDP, beim Sozialdemokraten Carlo Schmid und beim Demokraten Theodor Heuß persönlich an. Nächste der Flaggenfrage war das sogenannte Elternrecht (das alleinige Entscheidungsrecht der Eltern über Konfessions- oder Simultan-Schulbesuch ihrer Kinder) Trumpf im Interesse der Öffentlichkeit an Bonn.

Der Briefstrom wird versiegen. Man hat sich in Bonn, nach den gezielten retardierenden Momenten zur Erhöhung der dramatischen Spannung, doch noch allgemein geeinigt.

Die SPD kann zufrieden sein, die CDU tut so, als ob sie es sein könne, die CSU grollt. Die SPD hat dem Bund die Finanzen und damit den staatlichen Zusammenhalt gerettet. Der Bundesrat, die Vertretung der Länder, ist nicht gleichberechtigt. Lediglich bei der Steuergesetzgebung ist er gleichberechtigt hinsichtlich aller Steuern, deren Aufkommen den Ländern zusteht.

Die CDU-CSU erreichte dafür zwei Zugeständnisse, die nie zur Auswirkung kommen werden. Die beiden letzten strittigen Fragen — Elternrecht und Konkordat — gingen nämlich das Grundgesetz von Bonn gar nichts an. Das Konkordat nicht, weil es ein Staatsvertrag ist und Staatsverträge nicht in Verfassungen stehen, das Elternrecht nicht, weil nach dem Willen der Westalliierten und der CDU-CSU-Politiker eine föderalistische Verfassung gemacht werden sollte. Eine der wenigen Zuständigkeiten aber, die den Ländern von allen Verfassern widerspruchslos eingeräumt wurde, war die Entscheidung auf dem Kultursektor, über das Schulwesen, über das Elternrecht.

Das Zugeständnis in der Schulfrage heißt wie in Fritz Reuters Mecklenburgischer Verfassung: Alles bleibt beim alten; jedenfalls soweit es den Bund angeht. Eine verfassungsrechtliche Ablehnung des Elternrechts, wie sie von SPD, FDP und KPD in erster Lesung beschlossen worden war, hätte also nur deklamatorischen Charakter gehabt. Die tatsächliche Entscheidung hätte ohnehin — wie jetzt — bei den Ländern gelegen.

Das wußte auch die SPD. Trotzdem ließ sie ihre besten Pferde spaltenlang argumentieren: Die rassische Trennung sei unheilvoll genug gewesen, die religiöse Spaltung dürfe durch die Schule nicht vertieft, sie müsse in echter Toleranz gemildert werden; über die Schulform hätten nicht nur die Eltern der jetzigen Schulkinder oder Eltern überhaupt, sondern schlechtweg alle Staatsbürger zu entscheiden, da alle Staatsbürger Steuern für die Schulen bezahlen und da alle Staatsbürger für die Erziehung der jungen Generation verantwortlich seien.

Es waren Argumente, über die sich streiten ließ. Man stritt sich. Man verrannte sich. Und als die CDU/CSU sich genug verrannt und empört hatte, hielt man ihr den Versöhnungs-Apfel hin, in dem der Wurm saß: Opfert uns die Finanzen und die Gleichberechtigung der Länder, dann geben wir Euch das Elternrecht und — sogar das Reichskonkordat.

Denn wie war das mit dem Reichskonkordat? Des III. Reiches Vizekanzler Franz von Papen hatte es mit dem Heiligen Stuhl abgeschlossen und nach den Worten des verstorbenen katholischen Erzbischofs Gröber hat es „die Nationalsozialisten hoffähig gemacht“.

Der SPD konnte es ziemlich gleich sein, ob das Konkordat in Kraft bleibe oder nicht, ob es in der Verfassung aufgeführt werde oder nicht. Der katholischen Kirche konnte es nicht gleich sein, ob zwischen der Kurie und den deutschen Ländern ein Vertrag bestehe oder ein vertragloser Zustand. Mithin war es auch der gemischt-konfessionellen CDU/CSU nicht gleich.

Das Ei des Carlo Schmid wurde gefunden: Bis die Länder — auch Abmachungen mit dem Stuhl Petri sind Ländersache — Konkordate abschließen können, werden alle vom III. Reich abgeschlossenen Staatsverträge für gültig erklärt, die nicht nazistischen oder militaristischen Inhalts sind. Aber gekündigt kann werden.

Carlo Schmid wußte, was er tat. Zwei reale Machtkompetenzen tauschte er gegen zwei papierne Floskeln. Wie sehr er sich gefreut hat, können alle, die ihn kennen, aus dem Lob entnehmen, das er dem alten Adenauer warm und bereitwillig spendete.

Der hat aber auch keinen Grund zur Unzufriedenheit. Er hat das Kunststück fer-

automatisch auf. Alle Straßen, bis auf solche mit offiziellen Kontrollpunkten, wurden aufgerissen.*)

Trotz aller politischen Spannungen wurde bisher ein reger Ost-West-Verkehr abgewickelt. 1945, in den Flitterwochen west-östlicher Sieges-Hochzeit, ging es ganz glatt. „Da war noch alles ohne Risiko, obwohl wir gerade erst anfangen“, erinnert sich Bayerns jugendlich-schlanker Interzonenhandels-Chef Günter Deyhle. „Man holte sich seine Genehmigung vor Antritt der Fahrt und rauschte los. Unterwegs konnte nichts mehr passieren.“

Im Jahre 1947 wurde das Mindener Abkommen geschlossen, im April 1948 das Berliner. Aber die naehende Währungsreform ließ alle Leute ihre Waren festhalten, und als wegen Sokolowskis Berlin-Blockade die West-Ost-Eisenbahn nicht mehr fuhr, hatte die Bizone den Berliner Vertrag erst zu 10% (Ostzone 18%) erfüllt. Immerhin sind im ersten Halbjahr 1948 noch für 325 Millionen RM Waren ausgetauscht worden.

Mitte September 1948 wurde auch der Autoverkehr von den Besatzungsmächten gedrosselt. Berliner Wiko-Leute verhandelten mit den Frankfurter, man wurde bei den Alliierten vorstellig, aber es kam nichts dabei heraus. Nur unter der Hand rollten noch Lkws zwischen Lübeck und Hof über die Zonengrenze.

Mit diesem Unter-der-Hand-Verkehr hieß Ostzonen-Planer Fritz Selbmann (SED), einer der stellvertretenden Vorsitzenden und Industriechef der Ost-Wirtschaftskommission, seine Produktion in Gang. Wenn die Görlitzer Stahl-Hennekes vor seinem Mahagoni-Schreibtisch im ehemaligen Göring-Ministerium standen und nach westlichem Hämatit (Roheisen mit 0,1% Phosphorgehalt) für die Formstahl-Erzeugung fragten oder wenn den Sägewerken die Zähne aus den Gattern gebrochen waren, dann stellte Fritz Selbmann eigenhändig eine Sondergenehmigung aus, und zu nächstlicher Stunde wurden Kompensations-LKWs mit Damen-Unterwäsche oder Seidenstrümpfen beladen und in den Westen geschickt. Sie mußten Hämatit oder Sägen zurückbringen.

Für solche Geschäfte hatte sich Fritz Selbmann eigens schwarze Hortungsmagazine eingerichtet, in Forst mit Tuchen, in Hartha mit Schuhen und in Chemnitz mit Strümpfen. Wenn übereifrige Volkskontrolleure ihre Nase in diese unplanmäßigen Lager steckten, rüffelte sie Selbmann barsch: „Ich werde Euch das Maul stopfen Das haben wir den Russen abgezwickelt.“

Bei den Glauchau-Meeraner Textil-Prozessen (vgl. Spiegel 42/48) wäre es ihr wegen seiner Kompensationen beinahe doch an den Kragen gegangen. Fritz Lange Chef der Zentralen Kontrollkommission der Wiko, hatte schon auf Selbmann gezielt. Aber da tauchte gerade noch rechtzeitig ein Vertrauter Walter Ulbrichts auf um Länge zurückzupfeifen. Und der sächsische Ministerialrat Pfothenauer, der Selbmanns Kompensationsregister kannte, starb in der Untersuchungshaft.

Fritz Selbmann, Jahrgang 00, kommt aus dem Bodensatz der Ruhrarmut. Sein ersten politischen Lorbeeren hat er in ver-räucherten Hinterzimmern von Düsseldorf fer KP-Kneipen geplückt. Mit Dreißig war er Sekretär des Roten Frontkämpfer Bundes in Essen. Hitler steckte ihn in KZ.

*) Auch die LKWs aus Dänemark, Holland, Belgien, Frankreich und Italien, die im Transit durch die Bizone nach den Ostblock-Staate und zurück rollten (im November 1948 waren es 851), müssen jetzt zu Hause bleiben. Ode über die Tschechoslowakei fahren. Die bayrisch-tschechische Grenze ist nicht gesperrt. Auch der Seeweg ist offen.



Selbmann, Pillen-Oekonom
Roter Kämpfer mit schwarzen Lagern

tiggebracht, die Bonner Schaluppe ohne persönliche Krediteinbußen ans Ziel zu bringen. Auch die direkte Einmischung der katholischen Kirchenfürsten hielt er sich geschickt vom Halse. Er sagte auf Kölsch: „Sonst habe ich eines Tages die ganzen Kardinäle und Erzbischöfe vor der Tür.“

Ich werde Euch das Maul stopfen

Mit Damenwäsche

Der große MAN-Dreiachser, der nachts um 3.30 Uhr an der sächsisch-bayrischen Grenze bei Lauenstein ankam, war das erste Opfer. Er schaltete die Scheinwerfer ab und blieb im Russischen stehen.

Der MAN-Dreiachser sollte Ersatzteile für Textilmaschinen nach Göppingen bringen. Dafür hätte er dann irgend etwas mitgenommen, was in der Ostzone dringend für den Zweijahr-Plan gebraucht wird.

Aber um Mitternacht trat die anglo-amerikanische Gegenblockierung der russischen Zone in Kraft. Kein West-Lastwagen darf mehr nach Osten fahren, bis Sokolowski die Blockade Berlins aufgibt. Auch der Ost-nach-West-Verkehr hört damit